

AUSGABE 2/2019

OFFEN
AKTUELL
KRITISCH

anstöße

Klimawandel

DIE ZEIT DRÄNGT –
ES IST EINE SACHE AUF LEBEN
UND TOD

PETITION FÜR EIN TEMPOLIMIT

KLIMASCHUTZ
IN DER LANDESKIRCHE

Das Magazin der
OFFENEN KIRCHE
Evangelische Vereinigung
in Württemberg

OK

EDITORIAL



Liebe Leserin, lieber Leser,

in seinem Roman „Der Name der Rose“ beschreibt Umberto Eco das apokalyptische Szenario des Kirchenbrands: „Denn das Haus Gottes scheint zwar prachtvoll und wohlgezapft [...] dank der steinernen Hülle, mit der es prunkt, doch seine Mauern und Bögen stützen sich auf eine zarte, kunstvoll gefügte Struktur aus Holz.“ So war es auch in Notre Dame de Paris. Der verheerende Brand dieser symbolträchtigen Kirche hat uns daran erinnert, dass Dinge, die wir für selbstverständlich erachten, zerbrechlich sind.

Bewegend ist, wie schon wenige Tage später in Paris Menschen protestierten, weil auch sie kein Dach über dem Kopf haben. Soziale Gerechtigkeit ist eine Errungenschaft unserer westeuropäischen Gesellschaften, ebenso die freiheitliche Demokratie, die Gleichberechtigung und vieles mehr. Schon sehr weit, aber immer noch ausbaufähig. Wir prunken mit dem Erreichten, was zurecht Menschen aus aller Welt anzieht, die es unvergleichlich schwerer haben in ihren Ländern. Lassen Sie uns Sorge tragen, dass das zarte Holz der Demokratie und der Freiheit nicht Feuer fängt, weil manche es gerne brennen sähen.

Diese Zeitschrift leistet in gewohnter Weise lesenswerte Beiträge zu aktuellen gesellschaftlichen Diskursen. Nicht zuletzt auch eine Erinnerung an den großen Menschenfreund Blumhardt.

Eine aufschlussreiche Lektüre wünsche ich Ihnen!

Jörg Boss

TITELTHEMA

DIE ZEIT DRÄNGT

„Die Jungen sollen nicht aufhören, sich zu wehren“

Vierunddreißig Jahre ist es her, da hat der 21. Deutsche Evangelische Kirchentag einen Aufruf an die Kirchen der Welt gerichtet, ein Konzil des Friedens einzuberufen. Carl Friedrich von Weizsäcker, als einer der bekanntesten und bedeutendsten deutschen Naturwissenschaftler Initiator dieses Aufrufs, schrieb in seinem 1986 zur Unterstützung dieses Appells erschienenen Buch mit dem Titel „Die Zeit drängt“: „Das drohende Problem der fortschreitenden Klimaänderung auf der Erde, weil das unweigerlich bei der Verbrennung (fossiler Brennstoffe d.V.) entstehende Kohlendioxid die Atmosphäre im Treibhauseffekt erwärmt, ist bisher ungelöst“.

So ist es, kann man Jahrzehnte später nur bekräftigen, so ist es noch immer!!!

Und es ist auch noch immer wahr, dass es keinen Frieden unter den Menschen geben wird „ohne Frieden mit der Natur“! Der Prozess der Zerstörung der Existenzgrundlagen von Pflanzen, Tieren und Menschen ist – entgegen der Forderung von damals – nicht umgekehrt worden.

DIE KINDER SIND LÄNGST NOCH NICHT WÜTEND GENUG!

...hat deshalb Christian Stöcker zu Recht in einer leidenschaftlichen Kolumne auf Spiegel online die Schülerinnen und Schüler, die jeden Freitag auf die Straße gehen, unterstützt. Sie hätten „etwas Entsetzliches verstanden: **Sie werden gerade verraten.** Es ist mittlerweile völlig klar, dass die menschengemachte Erderwärmung bereits gravierende Folgen hat. In naher Zukunft werden sie katastro-

phal sein. Unter anderem drohen: Unbewohnbar heiße Millionenstädte, großflächig überflutete Küstenregionen (in denen Hunderte Millionen Menschen leben), katastrophal lange Dürreperioden, Wasserknappheit, Ernteaufschläge, riesige Wald- und Buschbrände und als Folge all dessen Abermillionen an Klimaflüchtlingen. Alles auf einmal. Immer weiter, immer schlimmer. Wenn wir ganz großes Pech haben, gibt es irgendwann keine Wolken mehr.“

Auch einer der renommiertesten Klimaforscher, Mojib Latif, unterstützt „Fridays for Future“:

„Der Wandel des Weltklimas befindet sich an einem Scheideweg. Noch können wir sowohl den besten Fall mit einer milden Erwärmung als auch den schlimmsten Fall mit einer Erwärmung um bis zu fünf Grad erreichen. Aber die Tendenz geht zum Worst-Case.“ Bei der Bekämpfung des Klimawandels sieht der Forscher vom Kieler Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung die Industrieländer in der Pflicht.

UND DIE KIRCHEN?

„Die Herausforderung für unsere Generation ist es, uns zusammen für Klimagerechtigkeit und Gerechten Frieden auf den Weg zu machen und zusammenzuarbeiten“, sagte Dr. Agnes Abuom, die Moderatorin des Ökumenischen Rats der Kirchen, 2016 vor der Landessynode der württembergischen Kirche. „Wir dürfen uns nicht zurücklehnen und abwarten. Klimagerechtigkeit ist eine Sache auf Leben und Tod. Die Menschen sind auf der Suche nach Überle-



► MEHR INFORMATIONEN

Das Umweltbüro der evangelischen Landeskirche informiert über Maßnahmen zu Umwelt- und Klimaschutz: www.umwelt.elk-wue.de

Wer „Fridays for Future“ unterstützen möchte, findet hier Informationen und Termine: www.fridaysforfuture.de www.fridaysforfuture.org

bensmöglichkeiten. Wir haben die Chance, Plattformen und Räume für unterschiedliche Stimmen zu schaffen, um zu interagieren und uns zu engagieren mit dem Ziel, Trennungen zu überwinden und ein Haus der Völker aufzubauen – eine Welt für alle Menschen Gottes, wo Gerechtigkeit und Frieden regieren und wo die Erde nicht länger seufzt und stöhnt, sondern uns und kommenden Generationen Lebensunterhalt bietet.“

KAMPF GEGEN GIER UND RÜCKSICHTSLOSIGKEIT

Auch der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Heinrich Bedford-Strohm, sieht die Kirchen beim Klimaschutz in herausgehobener Verantwortung. „Das Besondere der Kirche ist, dass sie nicht nur die Köpfe, sondern auch die Herzen der Menschen erreicht“, sagte Bedford-Strohm am Rande des Klimagipfels in Kattowitz im Dezember 2018. Deshalb könne sie sich besonders wirksam für

die von Gott erschaffene Natur einsetzen. Wie dieser Einsatz in der württembergischen Landeskirche aussieht, kann auf der Internetseite des Umweltbüros der Landeskirche nachgelesen werden.

Am Ende seiner schon zitierten Kolumne schrieb Christian Stöcker: *Es gibt gerade eine Reihe von krassen Beispielen dafür, wie die Älteren in vollem Bewusstsein gegen die Interessen der Jüngeren entscheiden, aus Rechthaberei, Gier, Rücksichtslosigkeit oder einer Mischung von allem. Es mehrten sich aber auch die Anzeichen, dass diese verrätene Generation sich das nicht mehr länger bieten lässt – die Jungen haben angefangen, sich zu wehren.*

Sie sollten nicht damit aufhören! Und sie sollten in den Kirchengemeinden vor Ort starke und engagierte Verbündete finden! Denn die Zeit drängt.

Eberhard Braun

Carl Friedrich von Weizsäcker: DIE ZEIT DRÄNGT. Die Weltversammlung der Christen für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung

Erschienen 1968 im Hanser-Verlag, München. ISBN: 3-446-14650-4. Das Buch ist nur noch gebraucht oder antiquarisch erhältlich.



TITELTHEMA

TEMPOLIMIT

Öffentliche Petition für ein Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen – 66.430 Menschen haben unterschrieben

„Die freie Fahrt für freie Bürger“ gehört auf den Prüfstand. Das jedenfalls meint die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM). Sie hat eine Öffentliche Petition beim Bundestag eingereicht und fordert ein Tempolimit auf Autobahnen von 130 km/h. Nach dem Dürresommer hat sie sich die Frage vorgelegt: Was ist zu tun? In beinahe jedem Wetterbericht wurden die Folgen der Erderwärmung reflektiert, immer mehr Menschen hatten verstanden, dass die Zeit drängt, aber die Politik hatte hitzefrei genommen. Der Staat aber muss einen gesetzlichen Rahmen so setzen, dass unser ökologischer Fußabdruck sich endlich verkleinert. Ein Tempolimit wäre ein sofort und kostengünstig umsetzbarer Beitrag, um den CO₂-Ausstoß zu senken. Zudem würde sich das Lärmaufkommen reduzieren lassen und der Reifenabrieb – immerhin der größte Posten Mikroplastik, der im Meer landet. Perspektivisch könnten auch Kurvenradien beim Autobahnbau geringer dimensioniert werden, was Kosten beim Bau und Erhalt der Straßen sparen würde. Zudem würde ein Tempolimit für einen gleichmäßigeren Verkehrsfluss sorgen; es würden weniger Staus entstehen. Und nicht zu vergessen: Die Zahl der Unfälle, die zeigen Studien, könnte deutlich gesenkt werden.

Auf der Kehrseite dieses Bündels an Wirkungen steht lediglich ein Nachteil: der Eingriff in die persönliche Freiheit, so schnell fahren zu können, wie es beliebt. Das allerdings scheint für viele Deutsche ein wunder Punkt zu sein. Das Thema polarisiert erheblich. Klimaschutz ... nun ja, wenn mich das nicht so direkt betrifft, gern. Greift, was notwendig ist, aber in meinen Alltag ein und kratzt es an meiner vermeintlichen Freiheit, dann ist es bei etlichen Menschen nicht mehr weit her mit der Einsicht, dass es so wie bisher kaum weitergehen kann. Dann wird der Klimawandel bestritten und die CO₂-Einsparung, die ein Tempolimit bringen würde, gleich mit – obwohl die Tatsache, dass wer langsamer fährt auch weniger verbraucht, nun wirklich zum Allgemeinwissen gehört.

LEBENSWANDEL ÜBERDENKEN

Die mitteldeutsche Landeskirche thematisiert bewusst die Verknüpfung von Klimawandel und Lebenswandel. Sie wollte die Debatte – jetzt hat sie die Debatte. Das ist gut so, denn die Folgen der Erderwärmung werfen auch die Frage nach uns selbst auf. Der steigende Meeresspiegel, Stürme, Überschwemmungen – das fällt nicht vom Himmel, sondern ist von Menschen verursacht. Also können wir auch etwas dagegen tun. Können und müssen. Hier geht es auch um Nächstenliebe. Gerade sind Hunderte Menschen in Mozambique Opfer der Überschwemmungen geworden. Längst müssen Menschen, die auf Inseln im Pazifik leben, ihre Heimat verlassen. Prognostiziert sind 200 Millionen Klimaflüchtlinge. Nur, verur-

links Oberkirchenrat Christian Fuhrmann (Petent), rechts Ralf-Uwe Beck, Pressereferent der EKM



sacht haben sie die Misere nicht. Wir haben in Deutschland pro Kopf einen CO₂-Ausstoß von zehn Tonnen im Jahr, auf den Inseln im Pazifik ist es nicht einmal eine Tonne. Der CO₂-Ausstoß geht weltweit zu 87 Prozent auf das Konto der reichen Länder, die ärmeren aber müssen es zuerst ausbaden. Gerecht ist das nicht. Wir müssen zu einer Ethik des Genug finden. Dazu gehört auch, den eigenen Lebensstil zu überdenken.

Dazu gehört auch, nach einer konsequenteren Politik des Umwelt- und Klimaschutzes zu verlangen. Das tun die 66.430 Menschen, die die Petition von Aschermittwoch bis zum 3. April unterschrieben haben. Herzlichen Dank an die vielen engagierten Menschen, die sich mit der Aktion solidarisch erklärt, sich eingebracht und Unterschriften gesammelt haben. Die Hürde von 50.000 Unterschriften ist deutlich genommen und so wird es zu einer öffentlichen Anhörung vor dem Petitionsausschuss kommen – wann, ist noch offen. Selten wurde so intensiv über ein Tempolimit gestritten wie in den vier Wochen der Zeichnungsfrist. Es gab bestimmt hundert Presseberichte, Hörfunk- und Fernsehbeiträge; die Leitmedien haben berichtet, ARD und ZDF gesendet. Das könnte den nötigen Druck aufbauen, damit im Bundestag tatsächlich die Vor- und Nachteile eines Tempolimits ehrlich gegeneinander abgewogen werden. Ein Tempolimit rettet noch nicht die Welt, aber die Richtung stimmt.

Ralf-Uwe Beck
Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland

TITELTHEMA

KLIMASCHUTZ IN DER LANDESKIRCHE



Dem Antrag auf eine unbefristeten Stelle für Energiemanagement wurde bei der Herbstsynode 2018 zugestimmt. Es war ein langer Weg, bis es endlich so weit war. Seit zehn Jahren kämpfe ich für diese Stelle. Sie wurde in dieser Zeit zweimal befristet verlängert. Dazwischen war sie kurzfristig vakant und eine neue Stelleninhaberin, Frau Hinderer, musste sich einarbeiten. Nun ist die Stelle, obwohl sie genehmigt ist, schon wieder einige Zeit unbesetzt. Das Umweltbüro betreut zwar die Gemeinden leidlich weiter, jedoch fehlt dann die „Manpower“ an anderer Stelle. Also man kann sagen, hier haben wir einen Erfolg zu verbuchen, jedoch ist es unglaublich zäh und anstrengend, in Sachen Klimaschutz in unserer Landeskirche etwas voranzubringen.

WAS IST ENERGIEMANAGEMENT?

Energiemanagement ist ein Konzept, bei dem die Kirchengemeinden unterstützt werden mit Informationen zum Klimaschutz und Tipps, was man tun kann. Am wichtigsten sind aber die Auswertungen, die die Kirchengemeinden über ihre Verbrauchswerte bekommen. So merkt man gleich, wenn etwas aus dem Ruder läuft. Sie können ihre Werte dann auch mit anderen Kirchengemeinden vergleichen. Dazu müssen natürlich die Daten erhoben und eingegeben werden. Dafür spart aber jede Kirchengemeinde, die am Energiemanagement teilnimmt, circa 1000 Euro im Jahr an Energiekosten ein. Diese Einsparung beruht auf geringinvestiven Maßnahmen, wie zum Beispiel steuerbaren Heizungsventilen, jedoch vor allem auf Achtsamkeit und genaues Hinschauen. Das heißt, die Kosten

der Stelle werden durch Einsparung an Energie um ein Mehrfaches gedeckt. Da verstehe einer, warum man zehn Jahre braucht, um die Kirchengemeinden darin verlässlich zu unterstützen, Geld zu sparen und das Klima zu schützen.

KOMPENSATION DER TREIBHAUSGASEMISSIONEN

Dem Antrag 65/16 „Kompensation der Treibhausgasemissionen der Landessynode“, den ich als Erstunterzeichnende im Jahr 2016 gestellt habe, wurde in der Frühjahrssynode 2019 im Prinzip so zugestimmt. Im Folgeantrag wird es nicht Kompensation genannt, sondern Ausgleichszahlung. So werden nun die Treibhausgasemissionen, die durch die Landessynode verursacht werden, ab dem Haushaltsjahr 2019 jährlich mit einem Betrag in Höhe von 3000 Euro ausgeglichen.

Dieses Geld geht an ein geeignetes Projekt, wie zum Beispiel für Aufforstung bei einem Eine-Welt-Projekt. Weiter heißt es in dem Antrag: „Darüber hinaus ermahnt die Landessynode die Landeskirche, bei allen Projekten den Umweltaspekt mit einzubeziehen und nach weiteren CO₂-Reduktionsmöglichkeiten zu suchen.“ Dies ist gut und richtig und ich bin froh, dass wir diesen kleinen Schritt nun nach langem Hin und Her beschlossen haben.

Mit einem Antrag, dass es an einem Tag pro Synodentagung nur fleischlose Gerichte geben soll, sind wir gescheitert.

Unser Ziel für die nächste Legislaturperiode muss sein, die Landeskirche darauf zu verpflichten, bis 2050 klimaneutral zu sein.

Ruth Bauer,
OK-Synodale

REZENSION



**Reiner Strunk,
Absturz in Stuttgart.
Ein Kirchenkrimi,
Stuttgart 2019**

Für Menschen, die sich im kirchlichen Umfeld bewegen, ist dieser Roman ein nettes Geburtstagsgeschenk! Der Autor kennt die Klischees, die seiner Kirche anhaften, und münzt sie gelegentlich in amüsante, leicht ironische Begebenheiten. Diese Stärke des Buches erweist sich aber auch als seine Schwäche. Denn selbst die ernst gemeinten Texte gehen ins Klischeehafte. Immer wieder sind erklärende, reflektierende Passagen eingefügt. Wenn etwa ein schlüssiger Abschnitt über einen Arzt, der offensichtlich dem kranken Pfarrer etwas anvertrauen möchte, fortgesetzt wird mit den Worten: „Jeder hat seine Geheimnisse!“ (S. 20). Darauf folgt eine Reflexion aus Binsenweisheiten, die allzu sehr an eine Predigt erinnert. Erzählerische Redundanz und ein illustrativer Schreibstil lassen der Leser*in keinen Raum für eigene Überlegungen und Interpretationen. Wer im kirchlichen Milieu verankert ist, kann aber bei der Lektüre sein Bild des kirchlichen Lebens überdenken und sich fragen, ob dieses Bild heute noch so gilt. So lässt sich im wahren Leben daran arbeiten, Klischees zu entlarven.

Jörg Boss

GESUCHT

In der Redaktion der „anstöße“ suchen wir Verstärkung durch einen Journalisten/eine Journalistin, der oder die Zeit hat, dreimal im Jahr vormittags zum Brainstorming zu kommen und anschließend hilft, ein Heft zusammenzustellen.

FRIEDEN

TOD – MADE IN GERMANY?

Unter diesem Titel hat die Landeskirche eine Dokumentation im Zusammenhang einer Entschließung der Landessynode veröffentlicht, die im Jahr 2017 verabschiedet wurde. Der Theologische Gesprächskreis in Leonberg (unter der Leitung von Dekan a.D. Dr. Hartmut Fritz und Pfarrer Matthias Krack) hat diese Entschließung zum Anlass genommen zur Information und Diskussion über das Thema der deutschen Rüstungsexporte. Es geht dabei vor allem um die Verbreitung von Kleinwaffen, die von Deutschland aus exportiert werden und die als die Massenvernichtungsmittel unserer Tage in den Kriegs- und Krisenregionen der Welt eingesetzt werden. Schätzungsweise tausend Menschen sterben täglich weltweit durch Kleinwaffen.

Obwohl solche Exporte von der deutschen Politik mehr und mehr eingeschränkt und höchstens unter strengen Kriterien erfolgen sollen, steht Deutschland immer noch in der ersten Reihe der Rüstungsproduzenten und Rüstungsexporture. Die Landessynode fordert deshalb, dass der Weitergabe von Rüstungsgütern an Drittländer (also außerhalb der Nato) Mittel und Methoden

der Stärkung von Friedensbildung und ziviler Konfliktbearbeitung entgegengesetzt werden sollen. Wir sollten Frieden statt Krieg exportieren. Dies betrifft ganz konkret auch die Weitergabe von Rüstungsgütern z.B. nach Saudi-Arabien, das im Jemen sich an fürchterlichen kriegerischen Auseinandersetzungen mit der Folge einer humanitären Katastrophe beteiligt.

Zum Schluss der Erklärung verabschiedete die Landessynode eine Selbstverpflichtung in drei Richtungen:

1. Sie verpflichtet sich zu einer verstärkten Friedensarbeit und Friedensbildung in den Schulen und über die Bezirksbeauftragten auch in den Gemeinden und Bezirken unserer Kirche.
2. Ein Runder Tisch für Rüstungskonversion soll initiiert werden, an dem Unternehmer, Beschäftigte, Gewerkschaften, Friedensinitiativen und Kirchen beteiligt werden.
3. Eine öffentliche Diskussion über das Exportverbot von Kleinwaffen zu militärischen Zwecken soll angestoßen werden.



„Suche Frieden und jage ihm nach!“ (Psalm 34,15). Der Arbeitskreis hat nach der Umsetzung und Konkretion dieser synodalen Selbstverpflichtung gefragt und hat im Sinn der Jahreslosung für 2019 angeregt, dass auch im Vorfeld der kommenden Kirchenwahlen die WahlkandidatInnen für das Thema deutscher Rüstungsexporte sensibilisiert werden; sie sollen daraufhin angesprochen werden, wie sie dieses Thema in unserer Kirche weiter befördern wollen, bevor die Entschließung in den synodalen Schubladen verschwindet und in den Mühlen der Kirche untergeht.

Dr. Hartmut Fritz,
Leonberg



FRIEDEN

DAS THEMA „FRIEDEN“ IN DER 15. UND 16. LANDESSYNODE

„Frieden“ ist der zentrale Begriff im Alten und im Neuen Testament. In vielen Sitzungen der 15. Landessynode spielte dieses Thema einschließlich „Deutsche Rüstungsexporte“ deshalb eine wichtige Rolle. Ein Höhepunkt war der vom Ausschuss für Mission, Ökumene und Entwicklung unter maßgeblicher Beteiligung der OFFENEN KIRCHE vorbereitete Schwerpunkttag „Eine Welt und Gerechter Friede“, der eingeleitet wurde durch eine Bibelarbeit von Dr. Habib Badr, Leitender Pfarrer der Nationalen Evangelischen Kirche von Beirut, Libanon, zum Thema „Jesus Christus, Friede der ganzen Welt“.

Dr. Andreas Hasenclever, Professor für Friedensforschung, behandelte das Thema „Macht – Religion – Frieden“, Prof. Dr. Thomas Schirmacher sprach zu „Menschenrechte in der Einen Welt“ und Dr. Agnes Aboum, Moderatorin des Ökumenischen Rats der Kirchen, hielt ein Referat zu „Klima-

gerechtigkeit und Gerechter Friede“. In der auf diesen Schwerpunkttag folgenden Synodaltagung nahm die Synode fast einstimmig die maßgeblich von OK-nahen Persönlichkeiten erarbeitete „Erklärung zu Deutschen Rüstungsexporten“ an, die EKD-weit viel Aufsehen erregte. Eine der nur zwei Gegenstimmen kam von einem Synodalen der Lebendigen Gemeinde, dem diese Erklärung nicht weit genug ging!

AUF DEM WEG ZUM FRIEDEN

Auf Anträge der OFFENEN KIRCHE hin, zu meist unterstützt von Synodalen anderer Gesprächskreise, traten Landessynode und Landeskirche dem ökumenischen „Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens“ und der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ bei. Diese Mitgliedschaften führten zu intensiver Mitarbeit unserer Landeskirche in Gremien sowie bei zahlreichen Tagungen und Seminaren. Daraus

erwuchs ein wichtiges Gesprächsforum der vier großen Baden-Württembergischen Kirchen, die von OKR Prof. Dr. Ulrich Heckel eingerichtete „Arbeitsgemeinschaft Rüstungskonversion und Kleinwaffen- sowie Kriegsmunitions-Exportverbot“, an dem die OFFENE KIRCHE beteiligt ist.

Einer der Höhepunkte im Eintreten für den Frieden war die von der Offenen Kirche mitgeplante Tagung „Auf dem Weg des Gerechten Friedens – Kirche und Gesellschaft 100 Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs“ in der Evangelischen Akademie Bad Boll Ende 2018. Wesentlich ist auch die friedenspädagogische Arbeit des Pädagogisch-Theologischen Zentrums der Landeskirche.

Im Frühjahr 2019 verlieh die Offene Kirche den „Amospreis für Zivilcourage in Kirche und Gesellschaft“ an Pfarrer Rainer Schmid, dessen hohes Friedens-Engagement innerhalb unserer Kirche immer wieder auf Widerstände trifft.

HOFFNUNG AUF WACHSENDE SPENDEN

In seinem Rechenschaftsbericht bei der Mitgliederversammlung sprach der Rechner der OFFENEN KIRCHE von seinem Optimismus, dass hoffentlich viele Menschen vor der Kirchenwahl spenden würden. Dafür gibt es bereits mehr als ein paar kleine Senfkörner Hoffnung. Dafür sei herzlich gedankt. Aber noch längst nicht ist damit ein großer Baum herangewachsen, dessen Ertrag z. B. jene 50.000 € wären, die der Haushaltsplan zur Finanzierung der Wahl vorsieht. Doch hat es ja noch Zeit, mit seinem Gewissen zu ringen, was einem die OFFENE KIRCHE wert ist. Viel einfacher ist es jedoch, schon jetzt etwas von jenem Teil seines Vermögens zu spenden, auf den man bedenkenlos verzichten kann. So würde sich der Optimismus des Rechners nicht als Leichtsinns erweisen, sondern als Zuversicht in die Großzügigkeit all derer, denen es wichtig ist, dass die OFFENE KIRCHE für die Kirchenwahl solide planen kann.

Die Kontonummer finden sie hier beim Impressum. Bitte geben Sie als Zweck an „Spende für Wahl“. Wenn die Spende für Ihren Bezirk gedacht ist, vermerken Sie bitte zusätzlich „für Bezirk...“.

Johannes Dürr, Rechner

Wie zahlreiche Kirchen weltweit, hinweg über Nationalgrenzen, Hautfarben, Konfessionen und Religionen, hat sich die Württembergische Landeskirche öffentlich und feierlich dem ökumenischen „Weg der Gerechtigkeit und des Friedens“ verpflichtet.

Dem Vorbild unserer badischen Schwesterkirche folgend, müssen wir auch in Zukunft, also auch in der kommenden Synodalperiode, den Weg zu einer Friedenskirche gehen und die politische Sicherheitslogik durch eine christliche Friedenslogik ersetzen. „Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit“ (Dietrich Bonhoeffer).

Dr. Harald Kretschmer,
Synodale aus Tübingen

PERSONEN

WECHSEL

Der 93-jährige Minister i. R. **DR. ERHARD EPPLER** war seit Beginn der AMOS-Preis-Verleihung vor zehn Jahren dessen Schirmherr. Nun beendete er sein Engagement für die OFFENE KIRCHE. Seine Nachfolgerin ist die frühere Bundesministerin, **PROF. DR. HERTA DÄUBLER-GMELIN**. Beide bekamen vom Vorsitzenden des Stiftungsrats, Marc Dolde, einen roten „Schirmherr*in“-Regenschirm.



NEU IM VORSTAND

Elke Dangelmaier-Vinçon und Pamela Barke wurden im April in den erweiterten Vorstand gewählt. **ELKE DANGELMAIER-VINÇON**, noch Landessynodale, ist seit 1. April Dekanin in Stuttgart-Zuffenhausen. Pfarrerin Pamela Barke unterrichtet evangelische Religion an Berufsschulen in Stuttgart.



TERMINE

MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Die nächste OK-Mitgliederversammlung findet am 12. Oktober 2019 im Ev. Gemeindehaus am Blarerplatz, Franziskanergasse 4 in 73728 Esslingen statt. An diesem Termin kurz vor der Kirchenwahl werden sich die Personen vorstellen, die für die Landessynode kandidieren.

LANDESSYNODE

Die Herbsttagung und damit letzte Sitzung der 15. Landessynode findet vom 16. bis 19. Oktober im Hospitalhof in Stuttgart statt.

NACHRUF



Am 16. März ist **GERHARD SCHUBERT** seiner schweren Krankheit erlegen. Die OFFENE KIRCHE baute er mit auf und war seit 2012 zweiter Vorsitzender. Als Verantwortlicher für die AG Wahlprogramm konnte er seine ganze Erfahrung einbringen. Zwei Perioden arbeitete er in der Landessynode mit, war erster Vizepräsident und Mitglied des Ältestenrats. Auch dort pochte er auf die gesellschaftliche Verantwortung der Kirche. Inge Schneider, aktuelle Präsidentin der Synode, würdigte bei der Beerdigung seine humorvolle Art und hob seinen Einsatz für die

Friedensbewegung und die Bewahrung der Schöpfung hervor. Nach dem Vikariat hatte er zwei Jahre bei „Ohne Rüstung leben“ gearbeitet. Reinhardt Seibert erinnerte daran, dass der Appell der Vollversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen 1975 in Nairobi ihn und sieben weitere württembergische Pfarrer zu der Selbstverpflichtung bewegte: „Ich bin bereit, ohne Schutz militärischer Rüstung zu leben. Ich will in unserem Staat dafür eintreten, dass Frieden ohne Waffen politisch entwickelt wird.“ Erika Schlatter-Ernst war von ihm gebeten worden, den Gottesdienst zu halten. „Engagiert, kritisch und humorvoll – so bleibt er uns in Erinnerung“, sagte sie.

IMMER AKTUELL:

» www.offene-kirche.de



SPENDE anstöße

Eine Zeitung kostet Geld, auch wenn sie kostenlos verteilt wird. Wenn Ihnen unsere „anstöße“ gefallen, bitten wir Sie um eine freundliche Finanzspritze zu unseren Kosten. Das Konto ist: OFFENE KIRCHE, IBAN: DE81 6305 0000 0001 6614 79, BIC: SOLADES1ULM (Sparkasse Ulm). Siehe auch auf der Rückseite dieser Ausgabe.

FRIEDEN

10. AMOS-PREIS-VERLEIHUNG

Bei der 10. AMOS-Preis-Verleihung der OFFENEN KIRCHE wurde als 15. Preisträger Pfarrer Rainer Schmid für sein langjähriges friedensethisches Engagement gegen Rüstungsproduktion, die Verbindung von Kirche und Militär und gegen Atomwaffen ausgezeichnet. Erika Schlatter-Ernst sagte im Namen der Jury: „Die Jury des AMOS-Preises ist überzeugt, dass es Menschen wie Rainer Schmid geben muss, die beharrlich und auch nervend an Themen erinnern, die zum Ureigenen der Kirche gehören, wie der Frieden für alle als die große Zukunftsverheißung Gottes.“

EIN ECHTER PROTESTANT

Der Journalist und Autor Dr. Franz Alt schlug als Laudator in dieselbe Kerbe: „Jesus war der größte Störenfried. Dann kamen die real existierenden Kirchen. Auch die meisten AMOS-Preisträger waren Störenfriede. Sie störten allerdings nicht den Frieden, sondern die Friedhofsruhe der Kirchen.“ Er würdigte nicht nur Schmidts Fahrradtouren rund um den Bodensee von einer Waffenfabrik zur anderen – „Wir sind ein Kriegsland, solange wir Waffen herstellen“ – sondern auch, dass der Pfarrer einen Teil seines Urlaubs ganz allein im Atomwaffenlager Büchel vor dem Haupttor demonstrierte. Außerdem hatte er sich die 34 Thesen durchgelesen, die Rainer Schmid in Wittenberg an den Bauzaun der Schlosskirche klebte. „Er ist ein echter Protestant.“ Die ersten Christen hätten Gewalt abgelehnt. Luther habe sogar dazu aufgerufen. „Aber spätestens im Atomzeitalter müssen wir das Denken von ständigem Krieg und Massenabschlachten überwinden. Wer Frieden will, muss den Frieden vorbereiten. Ich halte es für verheerend, wenn die Verteidigungsministerin vor dem Bundestag sagt: ‚Wir müssen das 2%-Ziel – das sind 44 Milliarden Euro pro Jahr – angehen.‘“

Zwei amerikanische Soziologinnen hätten bei 500 Konflikten nachgewiesen, dass doppelt so viele ohne Gewalt gelöst wurden wie mit Gewalt, wie der Fall der Mauer in Deutschland. Und er zitierte seinen Freund Gorbatschow, den zur Zeit meist gehassten Mann in Russland: „Solange es Atomwaffen gibt, besteht die Gefahr, dass sie eingesetzt werden.“ Dr. Alt folgerte: „Politik und Ethik

müssen vereint werden.“ Es gebe drei Gründe, dass Rainer Schmid geehrt werde: „Wir sind in Deutschland eine der größten Rüstungsnationen und die Kirchen profitieren davon. Zwischen Kirche und Militär besteht eine viel zu enge Verbindung (die Militärpfarrer sind Teil der Bundeswehr), das ist nicht im Geiste Jesu. Und drittens: Im Waffendepot Büchel lagern immer noch Atomwaffen. Rainer Schmid lässt das nicht ruhen. Insofern ist er ein echter Schüler und Nachfolger Jesu, ein würdiger AMOS-Preis-Träger. Er baut auch Brücken zu außerkirchlichen Gruppen.“ Kriege könnten wir uns nicht mehr leisten, wenn unsere Kinder und Enkel eine Zukunft haben sollen.

DIE KIRCHE SOLL UNRECHT BEIM NAMEN NENNEN

Auch Pfarrer Rainer Schmid, der den Preis für alle Friedensaktivisten entgegennahm, plädierte für Abrüstung. Er zählte die deutschen Rüstungsfirmen auf, deren Produkte in Panzern rund um den Globus eingebaut sind. „Am Anfang der Kette sieht alles harmlos aus. Die Angestellten sind ganz normale Leute, brave Familienväter, nette Nachbarn, Eltern unserer Konfirmanden. Am Ende der Kette sterben Männer, Frauen und Kinder – in Afghanistan, Mali und im Jemen.“ In der Kirche wurde ihm gesagt, er solle Taufen, Hochzeiten und Beerdigungen halten, aber keine Demonstrationen organisieren. Denn die Rüstungsangestellten könnten aus der Kirche austreten und dann hätten wir weniger Kirchensteuern. Das habe ihn nicht überzeugt. „Ich meine, die Kirche hat nicht nur die Aufgabe, Menschen zu trösten und zu segnen, sondern auch eine prophetische Aufgabe: Sie soll Unrecht beim Namen nennen.“

Das Internationale Rote Kreuz hat einen Video-Film erstellt, in dem man sieht, was die Explosion einer Atombombe über einer Stadt bedeutet. „Die Ersthelfer hätten keine Chance. Man wüsste nicht einmal, wohin mit den Leichen.“ Die Proteste in Büchel begannen wieder am 26. März und gehen bis zum 9. August. Er lud die Versammelten ein, am 7. Juli zum kirchlichen Aktionstag nach Büchel zu kommen, bei dem Margot Käßmann predigen wird.

Renate Lück

MEHR INFO:

Alle Reden im Internet www.offene-kirche.de unter AMOS-Preis-Verleihungen



Bild links: Preisträger Rainer Schmid
Bild oben: Marc Dolde (links) und der scheidende Schirmherr Dr. Erhard Eppler

MENSCHEN

»IN DER ARBEITER-
BEWEGUNG SEHE ICH EIN
CHRISTUSZEICHEN...«

Christoph Friedrich Blumhardt zum 100. Todestag

„In dem Streben..., welches die Sozialdemokratie vertritt und welches überall Tausende von Herzen entzündet, sehe ich ein Christuszeichen“, schreibt Blumhardt Ende 1899 aus Bad Boll an seine Freunde, die ihn wegen seines spektakulären und im ganzen Deutschen Reich publizierten Eintritts in die SPD kritisieren. Die Arbeiterbewegung war als gottlos und revolutionär verschrien. Sie ist mit anderen politischen Bewegungen für Blumhardt aber ein Anzeichen für das kommende Reich Gottes und dessen menschenfreundliches Wirken in der Geschichte.

Er wird angetrieben durch aktuelle Umbrüche, wie die berüchtigten Sozialistengesetze, die drohende Zuchthausvorlage gegen streikende Arbeiter und die schlimmen sozialen Folgen der raschen Industrialisierung auch im nahen Filstal, durch Begegnungen mit betroffenen Menschen in der Seelsorge in Bad Boll sowie durch Lektüre sozialistischer Literatur - auch von Karl Marx und August Bebel. Auf einem Wahlplakat im Göppinger Oberamt wird er als „bibel- und bebefest“ charakterisiert. Fundamental ist für ihn aber das positive Menschenbild des Vaters Johann Christoph Blumhardt („Sei doch nur einmal Mensch“) und dessen starker Glaube, dass sich Gott in der Gegenwart zeigen kann. So hat es die Pfarrfamilie in Möttlingen an einzelnen Menschen konkret erlebt.

FRÖMMIGKEIT UND POLITISCHES
HANDELN

Die ganzheitliche Seelsorge, die der Vater auch in Bad Boll ab 1852 ausübt, ergänzt Christoph Friedrich nach dessen Tod 1880, als er die Leitung des Kurhauses übernimmt, allmählich durch seinen wachen Blick auf die gesellschaftlichen Herausforderungen. So ist der Schritt in die Politik nur schlüssig. Die Arbeiterschaft von Göppingen bedrängt ihn, nachdem er bei Protestversammlungen gegen die Zuchthausvorlage das Wort ergreift und sich mit den Arbeitern solidarisiert, Mitglied der noch jungen SPD zu werden. Blumhardt tritt bei und muss nach dem Willen des königlichen Konsistoriums auf den Titel eines Pfarrers verzichten. Die Rech-

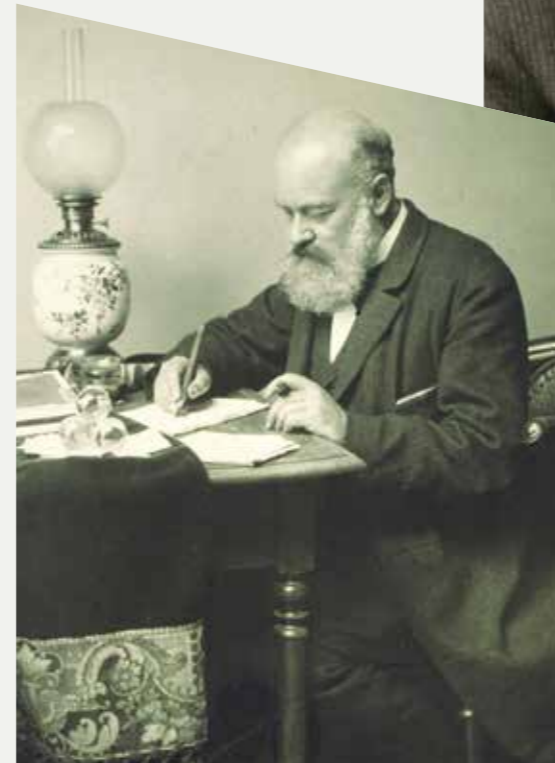
te eines Pfarrers hatte er schon vorher an seinen Bruder Theophil im Dorf Boll abgegeben. Bei der Wahl in den Königlichen Landtag setzt er sich gegen zwei Fabrikanten und einen Gerichtsrat in Göppingen durch. Seine Arbeit im Stuttgarter Parlament (bis 1906) ist angesichts der geringen Zahl der SPD-Abgeordneten schwierig aber inhaltsreich: Blumhardt ergreift das Wort zu Fragen der zunehmenden Militarisierung gegen England, der bedrohten Landwirtschaft, des um sich greifenden Imperialismus und der konfessionellen Schulbildung: „Christus will eine Menschheit, in welcher Gerechtigkeit und Wahrheit, Liebe und Leben alles durchdringt.“

Innerkirchlich ist seine theologische Kritik an der aufstrebenden Mission konsequent: „Werde den Chinesen ein Chinese“, mahnt er seinen Schwiegersohn Richard Wilhelm, der als Missionar in China zu wirken beginnt. Sein undogmatischer Glaube, sein weltoffenes und zugleich heimatverbundenes Denken und seine Verbindung von Frömmigkeit und politischem Handeln prägen Blumhardt bis zu seinem Lebensende.

1907 zieht Blumhardt mit Anna von Sprewitz, seiner ‚geistlichen Begleiterin‘, in das von ihm erworbene Haus Wieseneck nach Jebenhausen, wenige Kilometer von Bad Boll entfernt. Zu Andachten und Predigten kommt er immer wieder ins Kurhaus. Den beginnenden Weltkrieg geißelt er als Sünde: „Der Krieg ist eine Niederlage unserer Religion, die eine Religion des Friedens sein soll zwischen Juden und Christen und Türken.“ 1917 erkrankt er schwer und stirbt schließlich im Sommer 1919. Alle Zeitungen Deutschlands sind voll von Kommentaren, auch kritischen. Blumhardt hatte sich eine kirchliche Bestattung verboten. Es werden ‚nur‘ Reden gehalten u. a. vom jungen SPD-Abgeordneten Wilhelm Keil, dem späteren Landtagspräsidenten von Württemberg-Baden, der Blumhardt als Christophorus versteht: „Er hat Christus zu uns gebracht.“ Als einziges liturgisches Element wird auf Blumhardts Wunsch Psalm 46 gebetet: „Gott ist unsre Zuversicht und Stärke...“.

ER WIRKT IMMER NOCH

So wird Blumhardt zum Vorläufer der „Religiösen Sozialisten“, die auch in unserer Region während der zwanziger Jahre aktiv waren und sich immer noch bemerkbar machen. Andere berühmte Persönlichkeiten dieser religiös-politischen Bewegung waren Leonhard Ragaz, Rudolf Thurneysen, Hermann Kutter und Karl Barth. Blumhardt beeinflusst bis



heute Persönlichkeiten des politischen und gesellschaftlichen Lebens, wie Johannes Rau, Erhard Eppler, Frieder Birzele, Heike Baehrens, die pazifistische Bruderhofbewegung sowie die neuere Theologiegeschichte mit Jürgen Moltmann in Tübingen und Christian T. Collins Winn in den USA.

Christian Buchholz,
Schuldekan a.D.



CHRISTOPH FRIEDRICH BLUMHARDT (geboren am 1. Juni 1842 in Möttlingen bei Calw; gestorben am 2. August 1919 in Jebenhausen bei Göppingen) war ein württembergischer evangelischer Theologe, Pfarrer und Kirchenlieddichter, später auch Landtagsabgeordneter für die SPD. Er gilt als der Begründer der religiös-sozialen Bewegung in der Schweiz und in Deutschland.

► MEHR ZUM THEMA

Ab 18.7. finden mehrere Gedenkveranstaltungen in Göppingen und Bad Boll statt. Informationen unter www.ev-akademie-boll.de

Ein Symposium der SPD im Landtag findet am 27. September statt

Informationen zur Blumhardt-Sozietät e.V. unter: www.blumhardt-sozietat.de

LANDESKIRCHE

SYNODAL-ENTSCHEIDUNG
ZUR SEGNERUNG GLEICH-
GESCHLECHTLICHER PAARE

Die Nachricht erreichte uns auf der Konfirmandenfreizeit: Die Synode hat eine Regelung beschlossen, die die Segnung von gleichgeschlechtlichen Paaren ermöglicht! Über eines der vielen Mitarbeitenden-Smartphones kamen die Einzelheiten ins Haus Saron im Schwarzwald.

Erleichterung, Freude bei der Mitarbeiterin, die mir das über zwei Frühstückstische hinweg zurief. Erleichterung auch bei mir. Die politische Vernunft hat sich durchgesetzt. Das ist beruhigend und wird auch davon nicht getrübt, dass einige, vornehmlich pensionierte, Kollegen bereits am selben Tag beginnen werden, den Status confessionis auszurufen.

Ich befürworte die Entscheidung, weil sie der erste Schritt in die richtige Richtung ist. Sie nimmt die Gewissenslast von denen, die sich ohnehin nicht mehr an die Praxis der Ausgrenzung zu halten bereit waren. Und sie gibt denen Zeit, die ihren Glauben immer noch stark an einem so missverstandenen Sujet wie der Sexualethik des Altertums festmachen.

KLEINKARIERTE ENTSCHEIDUNG

Richtige Freude will aber dennoch nicht aufkommen. Vielleicht muss es das auch nicht, denn es handelt sich ja um einen Kompromiss, die Wahrung der Politik. Die Details scheinen zunächst kleinkariert: warum darf nur ein Viertel aller Gemeinden sich beteiligen? Bei näherer Beschäftigung mit dem Beschluss wird klar: so werden für den Moment verfahrenstechnische Hürden umgangen. Denn wenn sich mehr Gemeinden fänden, die Segnungen gleichgeschlechtlicher Paare durchführen wollen, müsste ganz einfach die Synode das Thema wieder aufrufen und einen neuen Kompromiss finden. Das sagt man am Tage der mühsam errungenen Entscheidung anscheinend nicht gerne. Es könnte diejenigen verprellen, die mit Mühe die kleine Türöffnung akzeptiert haben.

Wie können Gemeinschaften in Zeiten meinungsmäßiger Spaltung zusammenhalten? Das ist eine Herausforderung, die nicht



nur die Evangelische Landeskirche in Württemberg betrifft. Sie betrifft auch das staatliche Gemeinwesen, die Bundesrepublik Deutschland. Sie trifft und betrifft die Europäische Union, die im Augenblick an nationalen Egoismen und nationalistisch gefärbtem Populismus zu scheitern droht.

Kompromisse sind derzeit nicht populär. Zu hart wurde noch bis vor kurzem darum gerungen, dass Individuen gehört werden und Minderheiten das Gemeinwesen mitgestalten. Und doch geht es ohne Kompromisse nicht. Sie sind der erste Schritt auf dem Weg zu den neuen Konsensen, die wir so dringend brauchen.

Ärgerlich bleibt der Presstext zum Synodalentscheid. Da wurde in erster Linie die Einheit der Kirche betont und dann die Situation der betroffenen Menschen in den Blick genommen. Müsste es nicht genau umgekehrt sein? Ja, auf jeden Fall.

Und doch spricht der öffentlichkeitsrechtliche Fauxpas laut von der kirchlichen Realität: Die größte Herausforderung ist derzeit, dass wir uns nicht gegenseitig dabei im Weg stehen, gute Arbeit mit und für Menschen zu machen.

Dr. Antje Fetzer,
Pfarrerin in Waiblingen

LANDESSYNODE

SOZIALER WOHNUNGSBAU

Mit zwei Anträgen hat der Gesprächskreis OFFENE KIRCHE bereits 2015 das drängende Problem von fehlendem Wohnraum aufgegriffen. Im ersten Antrag forderte die OK die Landeskirche selbst auf, in den sozialen Wohnungsbau zu investieren. Die Begründung lautete: „Angesichts der angespannten Lage in Deutschland aufgrund der Flüchtlingssituation ist der Bau von bezahlbarem Wohnraum unabdingbar. Hierzu kann und soll die Landeskirche finanziell beitragen. Es gehört zum kirchlichen Auftrag, sich um Arme und Notleidende zu kümmern. Dazu gehört bezahlbarer Wohnraum.“ Der Antrag hatte die finanzielle Unterstützung der Landeskirche an kommunale Siedlungswerke zum Bau von Sozialwohnungen zu günstigen Bedingungen vorgesehen.

Mit dem zweiten Antrag wollte die OK ein Wohnbauprogramm für Kirchengemeinden durch finanzielle Unterstützung der Landeskirche ermöglichen. Der Oberkirchenrat sollte die Kirchengemeinden ermutigen, Gelder in den Wohnungsbau, insbesondere in den sozialen Wohnungsbau zu investieren, und sie dabei unterstützen: Um dies zu ermöglichen, sollte die Haushaltsordnung dahingehend geändert werden, dass Gelder aus dem Vermögensgrundstock für diesen Zweck verwendet werden können, auch wenn nur die Substanzerhaltungsrücklage und kein Inflationsausgleich erwirtschaftet werden kann. Dazu hätte jede Kirchengemeinde aus der Ausgleichsrücklage der Kirchengemeinden bei der Landeskirche 10 % der Baukosten erstattet bekommen, wenn sie die Wohnungen für 15 Jahre als Sozialwohnungen vermietet.

KAMPF UM SOZIALWOHNUNGEN VERMEIDEN

In der Begründung des Antrages stand: „Gerade Christen engagieren sich für die Flüchtlinge, die hier ankommen, und leisten einen Beitrag zur vielbestaunten deutschen Willkommenskultur. Die Landeskirche beteiligt sich mit finanzieller Unterstützung und mit der Bereitstellung von Immobilien, wie dem Kloster Denkendorf. Dennoch stellt sich mittelfristig das Problem, dass es zu wenig Wohnraum, insbesondere zu wenig Sozialwohnraum geben wird. Damit wächst die Gefahr, dass die sozial Schwächeren mit Flüchtlingen um bezahlbaren Wohnraum konkurrieren müssen. Dies gilt es zu verhindern, damit der soziale Frieden in unserem

Land gewahrt bleibt. Es ist unabdingbar, dass schnell gehandelt werden muss, vor allem in den dicht besiedelten Räumen. Dazu braucht es Investoren, denn die Kommunen sind mit dieser Aufgabe überfordert. Die Kirche sollte mit gutem Beispiel vorangehen, denn sie ist von ihrem Auftrag her an die Schwachen der Gesellschaft gewiesen.“

Für die Kirchengemeinden ist die Investition in den Wohnungsbau sinnvoll und möglich, werden doch neue Werte geschaffen. Bereits heute ist die Investition des Vermögensgrundstocks in den Wohnungsbau möglich, sofern der Werteverzehr und der Inflationsausgleich erwirtschaftet werden. Dies ist bei sozialem Wohnungsbau schwierig. Daher muss die Haushaltsordnung angepasst werden und die Kirchengemeinden sollten für ihre Engagement finanziell entschädigt werden.“

Das Votum der OFFENEN KIRCHE für den Haushalt 2019 hatte die fehlende Umsetzung beider gestellten Anträge mit zum Inhalt: „Wohnraum. Warum ist es in unserer Landeskirche nicht möglich, in einer Zeit, in der bezahlbarer Wohn-

Im März 2019 wurde auch in Württemberg ein Gesetz zur Segnung von gleichgeschlechtlichen Paaren verabschiedet. Die OK begrüßt die Möglichkeit der Segnung, hält dieses Gesetz aber für untauglich. Es enthält unakzeptable Diskriminierungen und ist obrigkeitlich orientiert. So ist nicht von einer „Kirchlichen Trauung“ die Rede, sondern von einem „Gottesdienst anlässlich der bürgerlichen Eheschließung von zwei Personen gleichen Geschlechts“. Die Konservativen sehen darin ein Abstandsgebot, das insbesondere dadurch gesichert ist, dass bei einer kirchlichen Trauung der Bund gesegnet würde, während bei diesem Gottesdienst (nur) die Personen gesegnet würden. Die OFFENE KIRCHE hält dieses Argument für nicht stichhaltig, da nach evangelischem Verständnis immer die Menschen gesegnet werden.

*Weiterhin darf dieser Gottesdienst nur in einem Viertel aller Gemeinden stattfinden und muss vorher von einer 3/4-Mehrheit der Pfarrer*innen und des Kirchen-*

raum im Bereich unserer Landeskirche das gesellschaftliche Kernproblem ist, in Zusammenarbeit mit Siedlungswerken aus der Ausgleichsrücklage finanzielle Mittel für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen? Weil momentan keine 2 % Rendite darauf zu bekommen sind? Wir legen das Geld lieber in die Rücklage. Es ist so.“

Anita Gröh, Geislingen

SEGNUNG

gemeinderats eingeführt werden. Einen Antrag, einen solchen Einführungsprozess in einer Gemeinde einzuleiten, kann nur der Oberkirchenrat beim jeweiligen Kirchengemeinderat stellen.

In der nächsten Legislaturperiode will die OFFENE KIRCHE die „Kirchliche Trauung für alle“ durchsetzen. Dabei ist die OFFENE KIRCHE der juristischen Meinung, dass die derzeitige Rechtslage die Trauung für alle ermöglicht (vgl. Anstöße 1/2019). Dazu bedürfte es eines Gerichtsurteils, das dieses bestätigt und einen Erlass des Oberkirchenrats für nichtig erklärt. Unabhängig davon bleibt das Ziel der OFFENEN KIRCHE, durch eine Klarstellung in der Trauordnung die Trauung für gleichgeschlechtliche Paare und Paare des 3. Geschlechts zu öffnen.

Prof. Dr. Martin Plümicke, Reutlingen



TERROR

LEHREN AUS CHRISTCHURCH

Als wir im März Freunde in Neuseeland besuchten, konnten wir nicht ahnen, dass ein australischer Terrorist fünfzig betende Menschen in Moscheen ermorden würde.

MUSLIME UND MINDERHEITEN GEHÖREN ZU UNS

Überall Flaggen auf Halbmast. Mit einem islamischen Gebet gedenkt das neuseeländische Parlament der 50 Todesopfer des Anschlags auf zwei Moscheen. Premierministerin Jacinda Ardern sagt in ihrer Rede vorm Parlament am 19.3.19: „Er wollte mit seinem Akt des Terrors erreichen, berühmt zu werden. Sie werden deshalb von mir niemals seinen Namen hören.“ In der anglikanischen Kathedrale findet ein Gebet für die Opfer statt. In der Mitte das Bild einer Moschee als „Solidarität mit unseren muslimischen Schwestern und Brüdern“. Eine Kerze brennt. Der Terror bringt hier die Religionen zusammen.

Im Parlament wird die Einschränkung des Waffenbesitzes in Rekordzeit durchgesetzt, obwohl die starke Waffenlobby diese Pläne bisher zunichte machte. Chris Cahill, der Chef der Polizeigewerkschaft, stimmt der Premierministerin zu. Der Gedanke an die sinnlose Gewalt und das schreckliche Blutbad in den Moscheen in Christchurch mache ihn krank. Ihre Haltung und ihre Ansprachen in der späteren Trauerfeier rufen in der ganzen Welt Bewunderung hervor. Wohl wissend, dass auch Neuseeland eine rassistische Vergangenheit hat, verteidigt sie besonders Muslime und andere Minderheiten.

Einer der Betroffenen beeindruckt mich besonders. Vor der Menge Zehntausender, die an der Trauerzeremonie im Hagley Park in Christchurch teilnehmen, erklärt der überlebende Muslim Farid Ahmed, warum er fähig ist, dem Terroristen zu vergeben, der seine Frau tötete und ihn schwer verwundete: „Ohne Vergebung, ohne Barmherzigkeit zu zeigen, kann ich kein wahrer Anhänger Allahs sein. Ich möchte kein Herz haben, das wie ein Vulkan kocht. Ein Vulkan hat Zorn, ausbrechende Wut. Es findet keinen Frieden, es ist voll Hass. Christchurch wurde oft die Gartenstadt genannt. In einem Garten sehen wir verschie-

dene Arten Blumen, aber zusammen machen sie den Garten aus. Sie bleiben beieinander in einer friedvollen Koexistenz. Wir Menschen müssen wie sie sein: Zusammen sind wir ein schöner Garten.“

Gleichzeitig findet in der anglikanischen Kathedrale der Hauptstadt ein Gedenkkonzert statt. Manche Frauen folgen der Premierministerin und tragen als Zeichen der Solidarität das islamische Kopftuch, den „Hijab“. Dass im Kirchenchor Musliminnen mitsingen, ist hingegen keine Ausnahme, sondern schon länger gängige Praxis. In diesem Sinn bringt auch der Ökumenische Rat der Kirchen seine Solidarität mit den betroffenen Muslimen zum Ausdruck. Pfarrer Ray Coster, Mitglied des ÖRK-Zentralausschusses aus Aotearoa Neuseeland, sagt: „Wir teilen mit den Schwestern und Brüdern innerhalb der großen ökumenischen Familie unseren Schmerz und unsere Trauer an einem der schwärzesten Tage unseres Landes und bitten um ihre Gebete für die vielen trauernden muslimischen Familien. Einige dieser Familien mögen Migrierende oder Flüchtlinge sein. Sie gehören zu uns. Viele von ihnen haben bei uns Zuflucht und Schutz gesucht, denn Aotearoa Neuseeland gilt als ein sicheres Land. Was wir hier heute erlebt haben, hat in unserer Kultur keinen Platz.“

Seit den Anschlägen ist Premierministerin Jacinda Ardern zum wohl bekanntesten Gesicht im Kampf gegen Terrorpropaganda im Internet geworden. Mit dem sogenannten Christchurch Call will sie eine globale Initiative gegen terroristische Inhalte im Internet initiieren. Derzeit geht Sri Lanka mit Netzsperrungen gegen die Verbreitung digitaler Gewalt vor nach den Terroranschlägen gegen Christen am Osterwochenende.

Wolfgang Wagner

► www.oikoumene.org/en/press-centre/news/wcc-condemns-terror-attacks-on-mosques-in-new-zealand-calls-for-end-to-violence

REZENSION

PLÄDOYER GEGEN DEN KRIEG



Jürgen Todenhöfer: Die große Heuchelei. Wie Politik und Medien unsere Werte verraten. Propyläen Verlag Berlin 2019. 328 Seiten. 19,99 €.

Einst CDU-Bundestagsabgeordneter, Anhänger von F.J. Strauß, der damaligen Minister für Entwicklungszusammenarbeit, Erhard Eppler, zu zornigen Reaktionen provozierte. Wer hätte gedacht, dass dieser „kalte Krieger“ heute die linken 68iger rühmt, den Vietnamkrieg der USA kritisiert zu haben? Leider war er damals auf der anderen Seite und mit seiner Karriere beschäftigt. Aber heute: „Man kann Kriege nur verstehen, wenn man die Opfer erlebt.“ Hoffentlich lesen seine ehemaligen Parteifreunde dieses Buch. Der Autor geht seit Jahrzehnten in Brennpunkte des Nahen Ostens, oft unter Lebensgefahr. Seine Schilderungen aus dem Machtbereich des „Islamischen Staates“, oder aktueller in Irak, Jemen oder Afghanistan, sind spannend zu lesen, „Frontberichte“ eben. Auf die Dauer nervt diese Heldenpose allerdings.

In der Kritik der „westlichen“ Politik beruft er sich auf viele oppositionelle Amerikaner: „Amerikanische Interessen, nicht Werte, waren und sind oberstes Gebot der USA.“ Todenhöfer kennt die USA gut, weshalb er viele Belege für Lügen bringen kann. Und die Eliten in Afrika, China oder Russland? Problematischer ist, dass er die islamische Welt vor allem als Opfer sieht. Die bedrohten Minderheiten werden im islamischen Machtbereich zu wenig gewürdigt, wie die Kopten in Ägypten etwa.

Letztlich muss man Todenhöfer zustimmen: „Die Heuchelei der westlichen Außenpolitik gefährdet unsere Demokratie. Die Bevölkerung wird in der Frage von Krieg und Frieden systematisch belogen. Und dadurch von jeder echten demokratischen Willensbildung ausgeschlossen.“

Wolfgang Wagner



OK

MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Anlässlich der vorgesehenen Kürzungen im Bereich des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt (KDA) hatte der Vorstand die Bundestagsabgeordnete Leni Breymaier (SPD) eingeladen, die über die Veränderungen in der Arbeitswelt und deren Auswirkungen für die Gesellschaft referierte.

Als Vertreter des KDA stand Karl-Ulrich Gscheidle, Wirtschafts- und Sozialpfarrer der Prälatur Reutlingen, für Nachfragen zur Verfügung. Vorstandsmitglied Uli Maier, Vorsitzender der AGMAV, moderierte am Vormittag.

Leni Breymaier wies auf den rasend schnellen Wandel in der Industrie hin und die schrumpfende Tarifbindung. Dadurch entstünde ein dreigeteilter Arbeitsmarkt mit ausbeuterischen Verhältnissen für diejenigen, die nicht zur Kernmannschaft eines Betriebs gehören. Sie kritisierte die ortsflexible Arbeit mit Homeoffice der Scheinselbstständigen und besonders das Tagelöhntum der Osteuropäer, die in den Fleischfabriken Westeuropas arbeiten und ihre Kinder als Euro-Waisen in Moldavien oder anderswo allein lassen, weil die Arbeitsverhältnisse dort noch schlimmer sind. In welchen Branchen künftig mehr Arbeitsplätze abgebaut werden, darüber gingen die Meinungen auseinander. Dass es im Bereich der Elektronik, bei Internet

und Forschung mehr werden, war Konsens. „Die zentrale Frage ist: Wie sieht die gesellschaftliche Verteilung des Geldes in Zukunft aus?“ Breymaier plädierte dafür, dass mehr in Bildung und Pflege investiert wird. „Menschliche Zuwendung ist nicht ersetzbar.“ Und sie fände eine 50:50-Prozent-Teilung der Rente für Männer und Frauen gerecht, auch wenn die einen doppelt so viel Erwerbsarbeit geleistet hätten wie ihre Partner*innen. Die sozialen Sicherungssysteme müssten bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und im Alter greifen, wofür Beamte und Selbstständige in einen Fonds für eine Bürgerversicherung einzahlen sollten. Der Grundkonflikt bestehe nicht zwischen Alt und Jung, sondern Reich gegen Arm.

KIRCHE HAT VERANTWORTUNG

Pfr. Gscheidle beklagte die Entscheidung der Landeskirche, von den nunmehr nur noch vier KDA-Stellen künftig zwei zu streichen oder mit anderen Berufsinhabern zu besetzen. Er weitete den Blick auf die Globalisierung und Nachhaltigkeit. In der Akademie Bad Boll, zu der der KDA gehört, würde auch an die Lieferketten gedacht, an die Kinder, die in Afrika unter menschenunwürdigen Bedingungen seltene Erden ausgraben. „Auch für sie haben wir eine Sorgfaltspflicht, obwohl die deutsche Gesetzgebung und die europäischen Richt-

linien dort nicht wirken.“ Das Konzept für die Zukunft des KDA sehe vor, dass die zwei Personen, die übrig bleiben, in Stuttgart mit der katholischen Betriebsseelsorge ein Dialogforum bilden und jeweils eine politische und eine gewerkschaftliche Tagung veranstalten. In den Prälaturen können sie dann nur noch exemplarisch mit Betriebsrät*innen, Dekan*innen und Gewerkschafter*innen zusammenkommen. „Dabei geht die Arbeit nicht ohne persönliche Beziehungen.“ Auch er verwies auf die schlechten Arbeitsbedingungen der Osteuropäer, wie der LKW-Fahrer, und mahnte Gerechtigkeit und Solidarität an. „Kirche muss für alle da sein. Die Botschaft Gottes muss uns zusammenhalten. Wenn das verloren geht, herrscht der Roboter über die Menschen. Dann ist die Freiheit weg.“

Anita Gröh, Synodale der OK, erklärte, dass die Kürzungen beim KDA am Pfarrplan lägen. Die OK habe dafür gekämpft, dass die 16 Prozent Sonderpfarrstellen erhalten bleiben, habe aber keinen Einfluss darauf, mit welcher Berufsgruppe sie besetzt werden. Das entscheide der OKR. Statt in Projekte zu investieren, die die Gesellschaft betreffen, würden immer neue Stellen für Bibelkurse oder spirituelle Zentren eingerichtet. Sie habe den Eindruck, die Landeskirche verkomme zur Sekte. Wenn die Kirchensteuereinnahmen wirklich sanken, gäbe es neue Verteilungskämpfe.

Bild links: von links nach rechts: Pfarrer Karl-Ulrich Gscheidle, Uli Maier und Leni Breymaier
Bild Mitte: Der neue Vorstand (es fehlt Dr. Harald Kretschmer)
Bild rechts: von links nach rechts: Leni Breymaier, Anita Gröh, Erika Schlatter-Ernst und Uli Maier

DER NEUE VORSTAND

Am Nachmittag wurden Vorstand und Rechner für ihre Arbeit im vergangenen Jahr entlastet und ein neuer Vorstand gewählt. Vorsitzende bleibt Erika Schlatter-Ernst, ihr Stellvertreter Dieter Hödl und der Rechner Johannes Dürr. Zum erweiterten Vorstand gehören in den nächsten zwei Jahren Pamela Barke, Ruth Bauer, Elke Dangelmaier-Vinçon, Matthias Hestermann, Gerlinde Hühn und Uli Maier sowie zwei kooptierte Gesprächskreismitglieder.

Renate Lück

► MEHR ZUM THEMA

Erfahren Sie mehr über die OFFENE KIRCHE unter:



www.offene-kirche.de

OK

PRESSEMELDUNG

der OFFENEN KIRCHE
zur Untersuchung der Uni Freiburg

Einer Langfrist-Projektion der Universität Freiburg für die evangelischen und katholischen Kirchen in Deutschland zufolge könnte sich die Mitgliederzahl der Evangelischen Landeskirche in Württemberg bis zum Jahr 2060 knapp halbieren.

Sieht man davon ab, dass Projektionen bis ins Jahr 2060 einigermaßen gewagt erscheinen und dass eine pluralistische und demokratische Gesellschaft eben nicht generell die übergroße Mehrheit der Menschen in einer Organisation bindet, zeigt sie doch den Kirchen deutlich auf, dass sie handeln müssen, wenn sie nicht in der Bedeutungslosigkeit verschwinden wollen. Es ist erschreckend, dass nicht der demografische Wandel und die Veränderung unserer Gesellschaft als Hauptursachen gesehen werden, sondern insbesondere die Kirchenaustritte und die Zurückhaltung von Eltern, ihre Kinder taufen zu lassen. Die OFFENE KIRCHE sieht sich bestätigt, hatte sie doch unlängst in ihrem Programm „Kirche hat Zukunft“ gefordert, die Kirche breiter aufzustellen, um alle Milieus zu erreichen. Dazu bedarf es eines Ausbaus der sogenannten Sonderdienste, wie z.B. Krankenhausseelsorge, Studierendenarbeit und Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt, und nicht eines Rückbaus dieser Dienste, wie er derzeit von der Mehrheit der Synode und dem Oberkirchenrat betrieben wird. Wenn Menschen in ihrem Alltag am Arbeitsplatz, am Studienort oder bei einem Krankenhausaufenthalt Kirche positiv erleben, sinkt ihre Neigung, die Kirche zu verlassen erheblich, so die OFFENE KIRCHE.

Die Studie zeigt auf, dass der erhebliche Kirchenmitgliederschwund noch zu ver-

meiden ist, wenn es der Kirche gelingt, die 20-40jährigen zu erreichen. Die OFFENE KIRCHE glaubt nicht, dass dies mit Mission alleine zu erreichen ist, wie etwa die Synodalpräsidentin oder der Vorsitzende der katholischen Bischofskonferenz meinen. Die Kirche muss sich vielmehr der Themen annehmen, die die Menschen bewegen, und aufzeigen, dass sie an ihrer Seite steht. Beispielsweise verweist die OFFENE KIRCHE auf die Bewegung „Fridays for Future“. Die OFFENE KIRCHE fordert von der Landeskirche, sich noch aktiver für Klimaschutz einzusetzen und mit guten Beispiel voranzugehen und so die Anliegen der Jugendlichen aufzunehmen.

All dies wird Geld kosten. Deshalb fordert die OFFENE KIRCHE, die gute Einnahmesituation der Landeskirche zu nutzen und jetzt in erheblichem Maße in die Zukunft der Kirche zu investieren – und nicht unter Verweis auf möglicherweise schlechtere Zeiten eine Rücklage nach der anderen zu füllen oder viel Zeit mit rückwärtsgewandten Debatten über die Nicht-Trauung von gleichgeschlechtlich Liebenden zu verbringen.

Wenn die Kirche sich glaubwürdig und demokratisch den wirklichen Zukunftsthemen stellt, getragen von der Hoffnung, die über den Horizont hinausreicht, dann kann sie in der Gesellschaft etwas bewirken und Menschen werden sich in ihr beheimaten.

Gesprächskreisleitung OFFENE KIRCHE
Pfarrerinnen Elke Dangelmaier-Vinçon,
Jutta Henrich, Prof. Dr. Martin Plümlicke



GESELLSCHAFT

SELBSTOPTIMIERUNG

„Mein Ziel ist es, ein besserer Mensch zu sein“, sagt er, „mehr und besser arbeiten, gesünder sein und glücklicher, eine gute Beziehung führen und die Zeit besser verbringen.“ Der junge Mann ist ein Selbstoptimierer. Wenn er sich bewegt, zählt ein kleiner Stick am Bund seiner Jeans jeden Schritt: 5.200 hat er heute schon getan. Zwischen 8.000 und 18.000 Schritten liegt sein tägliches Soll – fast 14 Kilometer.

Auch die Arbeit unterliegt der Quantitätskontrolle: Jede halbe Stunde notiert er, was er gemacht hat, und bewertet die eigene Effizienz. Grafiken zeigen ihm, wie viel er in der letzten Woche geschafft hat. Das Programm, sagt er, bringe ihn dazu, konzentrierter zu arbeiten.

Ein Internetdienst kontrolliert, ob er einmal pro Woche fastet, ob er tatsächlich jeden Monat ein Buch liest und verlässlich jeden zweiten Tag Türkisch lernt, wie er sich das vorgenommen hat. Wenn der Mann am Abend ins Bett geht, ist immer noch nicht Ruhe: Er legt sich ein schwarzes Stirnband um. Das misst seine Gehirnaktivität und sendet die Daten auf sein Handy. Am Morgen begrüßt ihn eine Grafik seines Schlafmusters.

Der Schlafmesser, erzählt er, habe ihm geholfen, seine Schlafdauer auf durchschnittlich fünfseinhalb Stunden pro Nacht zu senken. Er schläft jetzt offenbar schneller.

(nach Zeitmagazin 33/2013)

So jemand braucht keinen Gott, keine Seelsorge, keine Beichte! Die Optimierungspraxis sei an die Stelle der alten Glaubenslehren getreten, sagt der Philosoph Peter Sloterdijk. Nachdem alle Ideologien ausgedient hätten, bleibe dem freien Menschen bloß diese eine große Idee: Mach das Beste aus dem eigenen Leben. „Der Arbeitsmarkt ändert sich, Unternehmen werden effizienter, Menschen werden durch Maschinen ersetzt.“ Da müsse der

Mensch eben besser werden, um mithalten zu können. In solch einem Leben haben Defizite keinen Platz. Genauso wenig wie Schwerfällige, Langsame – und Nachdenkliche, meint Christian Reber, Programmierer aus Brandenburg, und für Peter Ohnemus von der Optimierungsfirma dacadoo ist ganz klar, wohin der Zug fährt: „Die Welt wird komplett ‚Pay as you live‘-basiert“.

Faule, Fettleibige, Diabetes, Herzprobleme, künstliche Gelenke: „Die können wir uns nicht länger leisten.“ Digitale Gesundheitskontrolle werde in Zukunft Pflicht sein. Die Frage, ob sich da die Faulen und die Dicken am Ende nicht wehren, stellt sich nicht: „Sie werden es nicht können“!

Wir verstehen: Der Mensch, so wie er ist, ist nicht gut (genug)! Alle Versuche, ihn via Religion, Moral, Ethik, Erziehung besser zu machen, sind gescheitert. Ein neuer Mensch muss her! Lasst mal die Technik ran! Wenn dann freilich die Selbstoptimierungsstrategien mit ihren Geräten samt Software auch nicht zum Ziel führen, dann arbeitet der „Transhumanismus“ an einer Verschmelzung des Menschen mit der Technik (Cyborgs – Mischwesen aus lebendigem Organismus und Maschine). Und der „Posthumanismus“ träumt darüber hinaus von der Ablösung des Menschen und der Überwindung aller körperlichen Begrenztheit in künstlichen „Lebensformen“.

Susan Schneider weist darauf hin, dass schon jetzt *the world Go, chess, and Jeopardy champions* künstliche Intelligenzen sind, „postbiologische“ Wesen, die den *homo sapiens* hinter sich gelassen haben. Das alles ist erst der Anfang. Mal sehen, was noch kommt und wie wir am Ende den Herausforderungen der „schönen neuen Welt“ begegnen können.

Eberhard Braun

IMPRESSUM

Die Zeitung **anstöße** der OFFENEN KIRCHE wird herausgegeben vom Vorstand der OFFENEN KIRCHE.

Vorsitzende: Erika Schlatter-Ernst
Ehrenvorsitzender: Fritz Röhm

Geschäftsstelle und Bestelladresse:
Gabriele Schwarzingler, Ditzenbrunner Str. 71,
71254 Ditzingen, Telefon 0 71 56-6 02 93 46,
geschäftsstelle@offene-kirche.de

Konten:
OFFENE KIRCHE – Evang. Vereinigung in Württemberg;
IBAN: DE81 6305 0000 0001 6614 79,
BIC: SOLADES1ULM (Sparkasse Ulm)
Dieses Konto ist für Mitgliedsbeiträge und Spenden für die OFFENE KIRCHE; bitte geben Sie jeweils den Verwendungszweck an.
AMOS-Preis-Konto:
IBAN: DE55 5206 0410 0003 6901 56,
BIC: GENODEF1EK1 (EKK Stuttgart)
Dieses Konto ist für Spenden eingerichtet worden für den AMOS-Preis und für Zustiftungen.

Redaktion:
Eberhard Braun/eb, Jörg Boss (V.i.S.d.P.), Ulrich Immen-dörfer, Renate Lück, Wolfgang Wagner, Rainer Weitzel.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des/der Verfasser*in wieder und stellen nicht unbedingt die Meinungen der Herausgeber*innen oder der Redaktion dar.

Redaktionsadresse:
Renate Lück, Friedrich-Ebert-Straße 17/042,
71067 Sindelfingen, renate.lueck@offene-kirche.de

Gestaltung und Satz: www.solutioncube.com

Versand:
Behindertenzentrum (BHZ), Stuttgart-Fasanenhof

Erscheinungsweise:
Die Zeitung **anstöße** der OFFENEN KIRCHE erscheint nach Bedarf.

Bildnachweis:
Titel: owik2/photocase; S. 2 privat; S. 3 oben: Markus Spiske/unsplash, unten: Drianhoward/Wikimedia;
S. 4 oben: stefflach/photocase, unten: Solveig Grahl;
S. 5: Ana Maria Serrano/photocase; S. 6: ryan/unsplash;
S. 7: yomex owo/unsplash; S. 8 links: Renate Lück, rechts oben: Matthias Hestermann, darunter Renate Lück;
S. 9: Renate Lück; S. 10: Landeskirchliches Archiv Stuttgart; S. 11 links: Ev. Akademie Bad Boll, rechts: Steve Johnson/unsplash; S. 12: HerrSpecht/photocase;
S. 14 links und Mitte: Renate Lück, rechts: Matthias Hestermann; S. 16: Jonathan Hoxmark/unsplash.

Auflage: 10.000 Exemplare

Wir bitten ausdrücklich um Zusendung von Manuskripten, Diskussionsbeiträgen, Informationen, Anregungen und Leser*Innenbriefen. Die Redaktion behält sich das Recht an Kürzungen vor.

Weitere Informationen über die OFFENE KIRCHE und aktuelle Berichte zu unseren Themen finden Sie unter www.offene-kirche.de

OFFENE KIRCHE

Evangelische Vereinigung in Württemberg

